



VEREIN SICHERHEITSPOLITIK
UND WEHRWISSENSCHAFT

POSTFACH 65, 8024 ZÜRICH

Militärpolitische Information

Herausgegeben vom Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft (VSWW)
Postfach 65, 8024 Zürich (PC 80–500-4)

www.Chinfo.ch/vsww

Präsident: Dr. Günter Heuberger

Redaktion: Dr. Daniel Heller (heller@farner.ch)

Dezember 1999

Halbierte Armee-Finanzen – halbierte Sicherheit

**Argumente gegen die Halbierungsinitiative
(Umverteilungsinitiative)**

Inhaltsverzeichnis

1	Wie lange kann die «Militärzitrone» noch ohne Schaden für das Land ausgepresst werden?	3
2	Bundesrat lehnt Initiative klar ab	3
3	Hauptargumente gegen die Halbierungsinitiative	3
3.1	Die Initiativeforderung	3
3.2	Armee-Abschaffung in Raten	3
3.3	Konsequente Armeegegner am Werk	4
3.4	Armee XXI nicht über Finanzen präjudizieren	4
3.5	Schweizer Arbeitsplätze gefährdet	4
3.6	Die Schweizer Friedensdividende ist bezahlt	5
3.7	Zahlen und Fakten zu den Militärausgaben	5
3.7.1	Anteil der funktionsbezogenen Bundesausgaben 1969–1998	5
3.7.2	Nominale Entwicklung der Bundesausgaben 1991 bis 2002 in Prozenten	5
3.7.3	Verteidigungsausgaben in Prozent des Bruttoinlandproduktes (Prognose für 2002)	5
3.7.4	Günstige Milizlösung im internationalen Vergleich (1997)	6
3.7.5	Betrachtung der Rüstungsprogramme 1990–1998* bezüglich des Inlandanteils	6
4	Fazit: Initiative kompromisslos bekämpfen	6
5	Anhang: Initiativtext	7
6	Literatur	7

1 Wie lange kann die «Militärzitrone» noch ohne Schaden für das Land ausgepresst werden?

Dass in Zeiten verringerter äusserer Gefahren, die militärisch relevant sind, die **Militärausgaben gedrosselt** werden, ist etwas ganz Natürliches. Das geschah in der Schweiz nach dem Ersten Weltkrieg sehr ausgeprägt – und mit den bekannten Folgen einer 1939 trotz verstärkten Anstrengungen im unmittelbaren Vorfeld des Zweiten Weltkrieges **ungenügenden Rüstung** der Armee.

Nach der Wende im Osten 1989/90, insbesondere der Auflösung der Supermacht Sowjetunion, hat man sich hier wie andernorts beeilt, die **Militärausgaben zu reduzieren**. Das Militär hat real als einziger Aufgabenbereich des Bundes zwischen 1990 und 1998 (Voranschlag 98) die Ausgaben drastisch vermindert – um 28 Prozent! Die grössten Einsparungen wurden der Rüstung auferlegt, deren Realwert zwischen 1990 und 1998 um 38 Prozent geschrumpft ist. Bis zum Jahr 2001 sollen weitere rund CHF 900 Millionen der Armee weggenommen werden. Damit hätte **der Realwert der Militärausgaben** zwischen 1990 und 2001 **um 37 Prozent**, der Wert der **Rüstungsausgaben gar um 49 Prozent abgenommen**.

Seit 1990 ist die Armee namentlich auf Grund einer umfassenden sicherheitspolitischen Neubeurteilung – siehe Bericht des Bundesrates vom 1. Oktober 1990 – reorganisiert und insbesondere wesentlich verkleinert worden. Der Personalbestand des VBS ist in der gleichen Zeitspanne von 19 400 auf 16 400 Mitarbeiter gesenkt worden. Das Militär hat sich also den veränderten sicherheitspolitischen Bedingungen beileibe angepasst, die **vielbeschworene «Friedensdividende»** ist **ausgeschüttet worden**.

Wenn jetzt weitere finanzielle Abstriche bei diesem immerhin von der Verfassung und den natürlichen Funktionen eines jeden Staates her wesentlichen Aufgabenbereich – der Gewährleistung äusserer Sicherheit – vorgenommen werden sollen, müssen sie **genau begründet werden**. Denn man kann eine Armee, wie die Erfahrung lehrt, nicht verkümmern lassen und hoffen, sie schnell wieder aufbauen zu können, sollte man sie in fünf oder mehr Jahren halt doch brauchen.

2 Bundesrat lehnt Initiative klar ab

Die Botschaft des Bundesrates ist eindeutig. Er empfiehlt, die **Umverteilungsinitiative abzulehnen**, ohne dabei Konzessionen einzuräumen. Er reagiert damit konsequent auf die zweite Halbierungs-Initiative, die eine **Trotzreaktion** von SPS und ARW auf die Ungültigkeitserklärung der ersten Halbierungs-Initiative durch das Parlament darstellt. Die vorberatende Kommission des Nationalrates hat sich mit 16:6 Stimmen dieser Auffassung angeschlossen. Die klare Botschaft lässt hoffen, dass auch das Parlament die wahre Natur solcher Begehren erkennen wird. Eine **Abfuhr der Initiative** durch Volk und Stände wird ein weiteres Mal die glaubwürdige Schweizer Sicherheitspolitik bestätigen.

3. Hauptargumente gegen die Halbierungsinitiative

3.1 Die Initiativforderung

Die Initiative verlangt: Der Bund kürzt schrittweise die Kredite für die Landesverteidigung, bis die Ausgaben für die Landesverteidigung spätestens zehn Jahre nach Annahme dieser Übergangsbestimmung auf die **Hälfte der Rechnung des Jahres 1987** reduziert sind. Die Teuerung wird dabei ausgeglichen. Die Bundesversammlung legt alle vier Jahre gesetzlich fest, wie die so eingesparten Mittel zu verwenden sind. **Ein Drittel** der eingesparten Beträge wird dabei eingesetzt für zusätzliche **internationale Friedenspolitik** (Entwicklungszusammenarbeit, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, Konfliktverhütung, friedliche Streitbeilegung, Abrüstung und kollektive Sicherheit). Der Bund fördert die Umstrukturierung der von der Abrüstung betroffenen Betriebe und Verwaltungen auf zukunftsgerichtete zivile Güter und Dienstleistungsangebote und unterstützt vom Abrüstungsprozess betroffene Beschäftigte und Regionen. Der Bund äufnet zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen einen **Konversionsfonds** von 1 Milliarde Franken.

3.2 Armee-Abschaffung in Raten

Seit den achtziger Jahren werden in **regelmässigen Abständen** Volksbegehren lanciert, die unter verschiedenen Titeln auf eine **Schwächung der Selbstverteidigungsfähigkeit** unseres Landes

hinauslaufen. Damit wird permanent die Glaubwürdigkeit des schweizerischen Staates, zu der man gerade unter den heutigen Umständen Sorge tragen sollte, in Frage gestellt. Kein Wunder, dass gewisse ausländische Verhandlungspartner mit der Schweiz inzwischen umspringen wie mit einem Staat, vor dem man **keinen besonderen Respekt** zu haben braucht.

3.3 Konsequente Armeegegner am Werk

Die Urheber der Initiative, die SPS mitsamt ARW und GSoA, sind dieselben armeefeindlichen Kräfte, die schon mehrmals (F/A-18, Armeeabschaffung, Waffenplätze, Waffenausfuhrverbot) vom Volk **desavouiert** wurden. Auch ihre Hilfstrophen sind dieselben geblieben, Exponenten von Hilfswerken und kirchlichen Kreisen: Sie haben ihre Unterstützung für die Halbierung und die «Umverteilung» der Militärausgaben wiederholt artikuliert.

Die klaren Volksentscheide der letzten Jahre zeugen von der **staatsbürgerlichen Reife** des Schweizervolkes. Nach der vernichtenden Niederlage, welche die Linke und insbesondere der pazifistische Flügel am 8. Juni 1997 (massive Verwerfung der Waffenausfuhrverbots-Initiative) einmal mehr erlitten haben, wird auch **dieser Sabotageversuch gegen eine funktionierende und glaubwürdige Sicherheitspolitik** trotz schönen Parolen wie «Sparen», «Frieden» und «Arbeitsplätze» erneut misslingen.

3.4 Armee XXI nicht über Finanzen präjudizieren

Zustandegekommene Initiativen sind ein politisches Druckmittel und können den Bundesrat oder die Räte zu sachlich **ungerechtfertigten Konzessionen** veranlassen. Solche wären im Umfeld der jetzt an die Hand zu nehmenden **Planungen für eine «Armee XXI» inakzeptabel**. Die neue Armee soll **frei** und lediglich auf Grund einer **Beurteilung der künftigen sicherheitspolitischen Lage** konzipiert werden können.

Derart massive Reduktionen der Militärfinanzen muss man von der Aufgabenstellung der Armee her rechtfertigen, bevor man sie vollstreckt. Das ist aber nicht der Fall: Es ist nun höchste Zeit, Ordnung in die Sache zu bringen, also Varianten der neu organisierten Armee vorzulegen, deren Kosten zu ermitteln und **«en connaissance de**

cause» zu entscheiden, wie die **spätere Armee aussehen und was sie können soll**.

3.5 Schweizer Arbeitsplätze gefährdet

Eine weitere Reduktion der Militärausgaben um 50 Prozent hätte unweigerlich auch einschneidende **wirtschaftliche Folgen**. Es geht einmal mehr um Arbeitsplätze, in den Betrieben des Bundes und in den Rüstungsbetrieben, in der zuliefernden Wirtschaft und namentlich auch im Gewerbe. Dieselben gefährdeten Arbeitsplätze haben im übrigen am 10. März 1996 den Ausschlag gegeben, dass die Zentralisierung der Beschaffung der Militärausrüstung beim Bund am Volkswillen scheiterte. Die Gewerkschaften werden auch bei der Halbierungsinitiative erkennen, **dass Tausende von weiteren Arbeitsplätzen durch die Initiative** bedroht sind.

Auf Grund der Rüstungsprogramme von 1990 bis 1998 flossen der schweizerischen Wirtschaft Aufträge im Betrage von mehr als **7,9 Milliarden Franken** (Vgl. 3.7) zu. Auftragnehmer waren die – nun in Aktiengesellschaften umzuwandelnden – Bundesbetriebe sowie die Privatwirtschaft. Das entspricht im **Jahr 1100 Millionen Franken**. Das sind pro Jahr durchschnittlich 7300 Mann-jahre und für die gesamte Periode rund **41 000 Mann-jahre**. Dabei ist hier die Rede von meist **hochwertiger industrieller und gewerblicher Arbeit**.

Der Staat gefährdet heute seine Arbeitsplätze vor allem in Randregionen wie den Alpen und im Jura und rückt damit von einer solidarischen Arbeitsvergabepolitik zugunsten der wirtschaftlich benachteiligten Regionen ab. In den Jahren 1991 bis 1997 verschwanden in PTT, SBB und VBS um die 18 000 Stellen, 54 als «Bergregionen» definierte Landstriche sind von dieser Entwicklung **überproportional betroffen**. Weitere sollen folgen. Mehr als **zwei Milliarden Franken** werden so schätzungsweise den ärmeren Regionen entzogen. Auch eingefleischte Ordnungspolitiker, die jeder staatlichen Wirtschaftsförderung abhold sind, vermögen die staatspolitische Bedeutung einer **sinnvollen regionalen Arbeitsvergabepolitik des Bundes** zu erkennen.

3.6 Die Schweizer Friedensdividende ist bezahlt

Seit gut sieben Jahren ist die Schweiz massiv unter den Druck von defizitären Budgets geraten. Zum kleineren Teil sind wirtschaftliche Gründe (stagnierende Einnahmen), zum grösseren Teil ein **ungebremstes Ausgabenwachstum** bei der öffentlichen Hand infolge wachsender und neuer Staatsaufgaben dafür verantwortlich. Es gibt trotz dieser unerfreulichen Entwicklung auch sachlich nicht den geringsten Grund, ausgerechnet die **Militärausgaben verfassungsmässig zu beschränken**. Jede verfassungsmässige Fixierung von bestimmten Ausgaben des Bundes, speziell aber der Militärausgaben, würde die **Reaktionsfähigkeit** des Staates in Bezug auf Veränderungen der Bedürfnisse **aufheben oder lähmen**.

Dem Militärbudget kann sowohl in der längerfristigen Betrachtung als auch in einer kurzfristigen

Betrachtung **keine Schuld an den defizitären Zuständen im Bundeshaushalt** nachgewiesen werden.

3.7 Zahlen und Fakten zu den Militärausgaben

3.7.1 Anteil der funktionsbezogenen Bundesausgaben 1969–1998

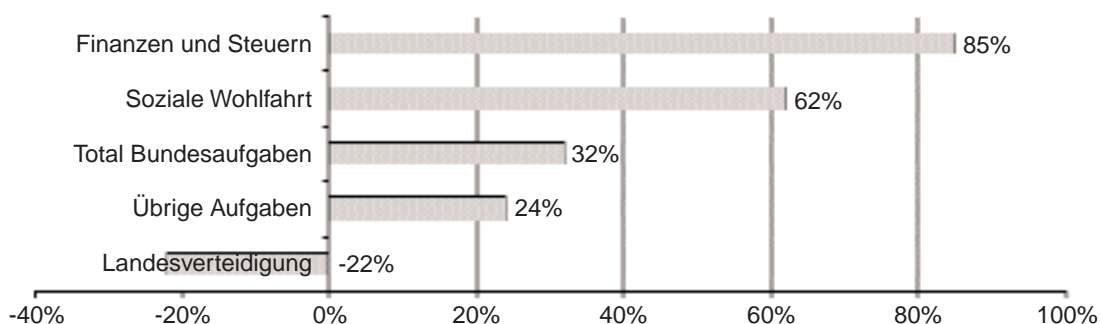
Der **Anteil der Militärausgaben** am Gesamtbudget ist seit 1960 **stark rückläufig**.

Das VBS ist das **einzige Departement**, das in den Jahren 1990 bis 1998 grössere Einsparungen vorgenommen hat und noch immer vornimmt. Es hat somit in den letzten Jahren den mit Abstand **grössten Beitrag** an die Sanierung der Bundesfinanzen geleistet.

Jahr	Landesverteidigung	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Unterricht Forschung	Landwirtschaft	Übrige
1960	34,7%	13,4%	5,9%	3,6%	12,3%	30,1%
1970	25,9%	17,0%	16,2%	8,5%	10,0%	22,3%
1980	20,3%	20,6%	15,7%	8,7%	9,0%	25,7%
1990	19,1%	21,7%	14,8%	7,7%	8,5%	28,2%
1998	11,5%	27,7%	17,8%	6,7%	8,4%	27,9%

Quelle: Bundesamt für Statistik

3.7.2 Nominale Entwicklung der Bundesausgaben 1991 bis 2002 in Prozenten



Quelle: Botschaft des Bundesrates zur Halbierungsinitiative, 1999

Obiges Schaubild zeigt, in welchem Ausmass die einzelnen Aufgabengebiete der Bundespolitik in den Jahren 1990 bis 2002 trotz stagnierender Einnahmen wachsen. Die Militärausgaben hingegen werden gemäss Finanzplanung 1991 bis 2002 **nominal um 22% abnehmen**.

3.7.3 Verteidigungsausgaben in Prozent des Bruttoinlandproduktes (Prognose für 2002)

Die Schweizer Verteidigungsausgaben in Prozent des Bruttoinlandproduktes (1998) sind **tief** als diejenigen **vergleichbarer Staaten**.

Staat	Anteil am BIP
Österreich	0,7 %
Schweiz	1,2%
Finnland	1,5%
Belgien	1,4%
Schweden	2,0%
Dänemark	1,4%
Norwegen	1,8%

Quelle: National Accounts OECD Paris, 1998

3.7.4 Günstige Milizlösung im internationalen Vergleich (1997)

In der Schweiz stehen die Betriebsausgaben zum Total der Verteidigungsausgaben in einem ausgewogenem Verhältnis. Besonders auffallend sind die tiefen Personalkosten.

Staat	Verhältnis Betriebs-/Rüstungsausgaben (1997)	Personalkosten 1997 (Mia. CHF)
Frankreich	3:1	20,1
Deutschland	6:1	20,3
Grossbritannien	3:1	19,1
Italien	6:1	13,2
Österreich	4:1	1,4
Schweiz	1:1	1,1

Quelle: Sicherheit durch Kooperation, Eine Informationsbroschüre zum sicherheitspolitischen Bericht 2000 des Bundesrates an die Bundesverwaltung, VBS, 1999

Auch die Verhältnisse Betrieb/Rüstung resp. die absoluten Militärausgaben (für Referenzjahr 1997) zeigen die unbestreitbar **günstige Lösung der Schweizerischen Milizlösung**. Auch aus dieser Sicht drängt sich eine Halbierung der Staatsaufwendungen für unsere Sicherheit nicht auf.

3.7.5 Betrachtung der Rüstungsprogramme 1990–1998* bezüglich des Inlandanteils

Die Halbierung der Militärausgaben hätte auch **massivste volks- und beschäftigungswirk-**

same Folgen, wie der Inlandanteil der Rüstungsausgaben zeigt.

RP-Jahr	Gesamtes RP in Mio. CHF	Inlandanteil in %	Inlandanteil in Mio. CHF
1990	1'407	92	1'295
1991	1'770	69	1'215
1993	1'947	70	1'361
1995	1'342	64	854
1996	1'594	58	926
1997**	1'535	71	1'089
1998	1'315	90	1'184
1990-1998	10'910	73	7'924
Durchschnittlich pro Jahr	1'558	73	1'132

Quelle: Botschaften über die Beschaffung von Rüstungsmaterial (Rüstungsprogramme) des Bundesrates; RP = Rüstungsprogramm

* Die Beschaffung der F/A-18 im Jahre 1992, die in dieser Statistik nicht erfasst ist, löste Direktaufträge an die Schweizer Industrie von CHF 311 Mio. aus. Weiter löste die Beschaffung der F/A-18 Kompensationsgeschäfte in der Grössenordnung von ca. CHF 2 Mrd. aus. 1994 wurde infolge der F/A-18-Beschaffung auf ein Rüstungsprogramm verzichtet.

** Die Eidgenössischen Räte kürzten in der Herbstsession 1997 das Rüstungsprogramm um CHF 162 Mio. auf CHF 1 373 Mio.!

4 Fazit: Initiative kompromisslos bekämpfen

- Die Armee hat ihre «Friedensdividende» bereits mehr als abgegolten. Abgesehen davon, dass der eine solche Gewinnausschüttung rechtfertigende Frieden gar nicht existiert, gehen derartig drastische Einsparungen an die Substanz und gefährden die Weiterentwicklung der Armee 95 zur Armee XXI.
- Mit einer Ablehnung der Halbierungsinitiative der Armeegeegner steigen die Chancen, dem leichtfertigen Spiel mit den Volksrechten zur Durchsetzung illegitimer Anliegen wenigstens für einige Zeit ein Ende zu bereiten. Denn es besteht kein Zweifel, dass das Volk, das auf die irreführende Propaganda der Initianten in drei

Abstimmungen seit 1989 keine Sekunde heringefallen ist, dem Versuch, der Armee die Mittel wegzunehmen, eine klare Absage erteilen wird.

- Der Bundesrat und das Parlament sind aufgerufen, die neue «Halbierungsinitiative» schnell zur Abstimmung zu bringen, damit die Planung an der Armee XXI ohne Damoklesschwert der Halbierung erfolgen kann.

- Eine glaubwürdige Armee braucht eine glaubwürdige Finanzierung. Hgg. AWM, Postfach 14, 3000 Bern, April 1998.

5 Anhang: Initiativtext

Halbierungsinitiative (Umverteilungsinitiative)

Art. 23 (neu)

¹Der Bund kürzt schrittweise die Kredite für die Landesverteidigung, bis die Ausgaben für die Landesverteidigung spätestens zehn Jahre nach Annahme dieser Übergangsbestimmung auf die Hälfte der Rechnung des Jahres 1987 reduziert sind. Die Teuerung wird dabei ausgeglichen.

²Die Bundesversammlung legt alle vier Jahre gesetzlich fest, wie die so eingesparten Mittel zu verwenden sind.

³Ein Drittel der eingesparten Beträge wird dabei eingesetzt für zusätzliche internationale Friedenspolitik (Entwicklungszusammenarbeit, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, Konfliktverhütung, friedliche Streitbeilegung, Abrüstung und kollektive Sicherheit).

⁴Der Bund fördert die Umstrukturierung der von der Abrüstung betroffenen Betriebe und Verwaltungen auf zukunftsgerichtete zivile Güter und Dienstleistungsangebote und unterstützt vom Abrüstungsprozess betroffene Beschäftigte und Regionen. Der Bund eröffnet zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen einen Konversionsfonds von 1 Milliarde Franken.

6 Literatur

- Welche Armee zu welchem Preis? Varianten einer künftigen Schweizer Armee. VSWW; August 1998. Internet: <http://www.Chinfo.ch/vsww>
- Botschaft über die Volksinitiative «Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze (Umverteilungsinitiative)». Bern, März 1999

Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft

Unsere Ziele

Der Verein und seine Mitglieder wollen

- bekräftigen, dass die Schweiz auch in Zukunft ein militärisch ausreichend geschützter Raum bleiben soll,
- erklären, dass ein wirksamer Schweizer Beitrag an die Stabilisierung primär des europäischen Umfeldes eine glaubwürdige, kalkulierbare und umfassende Schweizer Sicherheitspolitik benötigt,
- herausarbeiten, dass die Schweiz nicht nur als Staat, sondern auch als Wirtschaftsstandort, Denk-, Werk- und Finanzplatz sicherheitspolitisch stabil bleiben muss, um weiterhin erfolgreich existieren zu können,
- darlegen, dass eine sichere Schweiz angemessene Mittel für ihre Sicherheitspolitik benötigt,
- aufzeigen, was für eine effiziente und glaubwürdige Armee im Rahmen des integralen Selbstbehauptungsapparates an Führungscharakter und Kompetenz, an Ausbildung, Ausrüstung und Organisation nötig ist,
- sich dafür einsetzen, dass künftige Reformen der Milizarmee und ihrer Einsatzdoktrin diesen Postulaten entsprechen.

Unsere Leistungen

Der Verein und seine Mitglieder verfolgen diese Ziele seit 1956 durch Informationsarbeit in Form von

- Studien, Fachbeiträgen, Publizität und Stellungnahmen,
- Vorträgen, Interviews und Gesprächsbeiträgen.

So hat er wesentlich geholfen,

- armeerfeindliche Volksinitiativen zu bekämpfen (1987, 1989, 1993, 1997),
- Expertenbeiträge zu einer neuen Sicherheitspolitik und zu einer glaubwürdig ausgebildeten und ausgerüsteten Armee zu leisten.

Unsere Zukunftsvision

Wir wollen mit unserer Arbeit dazu beitragen,

- dass die Schaffung eines breit abgestützten inneren Konsenses im Bereich der militärischen Selbstbehauptung in der Schweiz gelingt und
- die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Integration unserer Milizarmee auch in Zukunft intakt bleibt.

Unsere Finanzierung

Wir finanzieren uns durch Mitgliederbeiträge, Gönnerbeiträge, Spenden sowie Legate und danken allen im voraus für Ihre Unterstützung.

Sie erreichen uns unter:

VSWW, Postfach 65, 8024 Zürich, Internet: www.Chinfo.ch/vsww
 PC-Konto 80-500-4
 Telefon: 01-266 67 67 oder Fax: 01-266 67 00